

Ä1 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Gustav Kenn

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 1041 bis 1042:

Die Menschen mit Behinderung werden von der Gesellschaft behindert, weil Menschen ohne Behinderung als Norm gelten. Diesen Einschränkungen wollen wir entgegenwirken und die die Berliner Stadtgesellschaft ~~soll~~-inklusive ~~werden~~ gestalten. Wir wollen eine Gesellschaft, in der

Begründung

Es muss klar werden, dass der Abbau von Barrieren keine Wohltat ist, sondern eine Notwendigkeit damit alle Menschen an der Gesellschaft teilhaben können. Bei den Maßnahmen muss eine Stigmatisierung von Menschen die von der Gesellschaft behindert werden, ausgeschlossen werden.

Ä2 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Gustav Kenn

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 1280 bis 1282:

~~Schwarzmarkt~~Schleichhandel austrocknen

Um den ~~Schwarzmarkt~~Schleichhandel auszutrocknen, arbeiten wir weiter daran, Cannabis zu legalisieren.

Begründung

Wir wollen rassistische Sprache nicht reproduzieren. Das sollte gerade im Wahlprogramm konsequent umgesetzt werden. Daher sollte hier der Begriff Schleichhandel genutzt werden.

Ä3 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Katinka Wellnitz

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 465 bis 467 einfügen:

12,50 Euro

angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und Freischaffende eingezogen. [Auch auf Bundesebene wollen wir uns für eine deutliche Anhebung des Mindestlohns einsetzen.](#) In all

Begründung

Arbeit muss fair bezahlt werden. Menschen die Vollzeit arbeiten, müssen auch davon leben können. Um dies gewährleisten zu können und sie beispielsweise vor Lohndumping zu schützen, muss der Mindestlohn weiter angehoben werden, auch auf Bundesebene.

Ä4 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Katinka Wellnitz

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 515 bis 516 einfügen:

Familien in schwierigen Situationen, wie Alleinerziehende, brauchen besondere Unterstützung. Darum haben wir uns in

Begründung

Wenn es darum geht Familien- und Kinderarmut zu bekämpfen, muss insbesondere an Alleinerziehende gedacht werden, was zum Großteil Frauen mit Kindern sind. Da Alleinerziehende überproportional von Existenzschwierigkeiten bedroht sind, sollten sie aktiv erwähnt und so auch unterstützt werden.

Ä5 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Katinka Wellnitz

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 634 bis 636 einfügen:

stehen besonders

verletzliche Gruppen wie Frauen, [queere Menschen](#), Alleinerziehende, Minderjährige oder Menschen mit

Begründung

Wenn es um besonders verletzte und marginalisierte Gruppen geht, müssen queere Menschen mitgedacht werden. Körperliche und Psychische Gewalterfahrungen werden von queeren Menschen viel häufiger gemacht, daher brauchen sie besonderen Schutz.

Ä6 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Katinka Wellnitz

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 179 bis 181 einfügen:

gebieten. Unser

Ziel war und ist, den Berliner Wohnungsmarkt gemeinwohlorientiert zu gestalten und Wohnen immer weniger dem Markt zu überlassen. Mit unserem

Begründung

Wohnen ist ein Grundrecht, aufgrund der stark steigenden Mietpreise, ist dieses Grundrecht gefährdet. Ein Gewinnorientierter Wohnmarkt stellt keine Lösung für die Wohnungsnot in Berlin dar. Die Gemeinwohlorientierung des Wohnungsmarktes muss immer weiter voranschreiten, damit wohnen in der Zukunft kaum noch dem Markt überlassen wird.

Ä7 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Emma Lou Unser (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 634 bis 636 einfügen:

stehen besonders

verletzliche Gruppen wie Frauen, LGBTIQ* Personen, Alleinerziehende, Minderjährige oder Menschen mit

Begründung

LGBTIQ* Personen sind eine besonders vulnerable Gruppe, die mit Housing First Projekte explizit angesprochen werden sollten. Gerade LGBTIQ* Personen erleben Diskriminierung und Ausgrenzung, auch auf der Straße. Sie sind womöglich zuvor aufgrund von konflikthaften Familiensituationen, die zum Ausschluss junger Menschen aus der familiären Wohnung führen können, obdachlos oder wohnungslos geworden. Homo- und transfeindliche Gewalterfahrungen auf der Straße sowie Diskriminierungen im Hilfesystem und auf dem Wohnungsmarkt wirken in der ohnehin schon prekären Lebenslage zusätzlich destabilisierend. Die Berliner Obdachlosenpolitik muss deshalb LGBTIQ* Personen soziale und psychologische Betreuung, sowieso schnelles Unterkommen durch Housing First Projekte ermöglichen.

Ä8 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Emma Lou Unser (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 652 bis 654 einfügen:

Kältehilfe

deutlich über 1.000 Plätze vorgehalten werden, von denen ein Anteil für besonders schutzbedürftige Menschen reserviert wird. Die Sicherheit in den Unterkünften muss gewährleistet sein, sodass Raub, Diebstahl und Gewalterfahrungen vorgebeugt werden. Alle Plätze sollen stets mit niedrigschwelligen und anonymen

Beratungsangeboten verbunden sein: Jede Übernachtung in einer Notunterkunft soll

Begründung

Besonders marginalisierte Gruppen wie F*INT-Personen, queere Menschen, von Rassismus betroffene Personen, etc. benötigen sichere Schutzräume. Diese müssen auch in Obdachlosenunterkünften gewährleistet werden. Zudem kommt es in Notunterkünften zu Diebstahl und Gewalt, weswegen manche Menschen die Angebote nicht mehr wahrnehmen. Daher muss ein bestimmter Sicherheitsstandard und Privatsphäre gewährleistet werden.

Ä9 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Emma Lou Unser (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 655 bis 656 einfügen:

eine Chance

auf einen Weg aus der Obdachlosigkeit bieten und neue Möglichkeiten aufzeigen. Lösungen sollen gemeinsam gesucht werden und Entscheidungen sind auf Augenhöhe mit den betroffenen Menschen zu treffen, gewaltsame Räumungen von Obdachlosencamps sind unmenschlich und müssen verhindert werden.

Begründung

Obdachlosencamps wie die in der Rummelsburger Bucht in Lichtenberg dürfen nicht gewaltsam geräumt werden, ohne den Bewohner*innen frühzeitig Bescheid zu geben. Es gilt gemeinsam mit ihnen über ihre Bedürfnisse in besonders kalten Wintertage zu sprechen und so im Austausch Lösungen zu finden. Viele obdachlose Menschen sind es nicht gewohnt drinnen zu leben und dürfen nicht einfach so in Notunterkünfte gezwungen werden. Auch wenn das Anbieten von Notunterkünften natürlich essentiell ist, sollte die Unterstützung im Einvernehmen stattfinden.

Ä11 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Emma Lou Unser (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 237 bis 238 einfügen:

und weiter

öffnen, zum Beispiel auch für Projekte wie das Mietshäuser-Syndikat. Linke Freiräume und queerfeministische Hausprojekte sind wichtige Schutzräume für marginalisierte Gruppen und emanzipative Orte. Diese Räume sind von Verdrängung durch profitorientierte Immobilienunternehmen bedroht, deshalb muss deren Räumung mit allen Mitteln verhindert werden. Ist eine Räumung nicht zu verhindern oder bereits geschehen, dann stellt das Land Berlin landeseigene Gebäude zur Verfügung.

Begründung

Insbesondere politisch aktive Räume sind von der Verdrängung betroffen. Viele Projekte wurden schon geräumt und zerstört, zum Beispiel die Rigaer 94, die Räumung der Friedel 54 und die Liebig34. Wir können nicht zulassen, dass ein weiteres linkes Hausprojekt weichen muss. Denn es ist nicht nur das Haus, das bei einer Räumung verschwindet, sondern auch Formen von Selbstverwaltung und ein Ort politischen Widerstands mit feministischem und antirassistischem Bezug. Für marginalisierte Menschen, FLINT*-Personen, die z.B. sexualisierte Gewalt erfahren haben oder auf dem Wohnungsmarkt diskriminiert werden bilden diese Räume ein Zuhause. Das darf ihnen nicht von skrupellosen Immobilieneigentümern wie Gijora Padovicz genommen werden!

Ä12 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Katinka.Wellnitz@gmx.de

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 349 bis 351:

ermöglichen,

streben wir in den nächsten 30 Jahren einen Berliner Wohnungsmarkt an, der zu ~~50~~70 Prozent

Begründung

Um der Verdrängung von Menschen entgegen zu wirken, müssen bis 2050 70 % der der Berliner Wohnungen gemeinwohlorientiert sind und damit nicht mehr zur Verdrängung von Menschen beitragen.

Beschlusslage der GJB.

Ä13 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Katinka Wellnitz

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 319 bis 321 einfügen:

Miete zahlen

können. Das wollen wir weiterhin gesetzlich, sowie durch die Förderung und Bereitstellung von ausreichend Sozialwohnungen, sicherstellen. Beim landeseigenen Berlinovo-

Begründung

Die Zahl der Sozialwohnungen in Berlin sinkt immer weiter. Doch um Verdrängung entgegenzuwirken braucht es auch kostengünstige Wohnungen, für Menschen mit weniger finanziellen Mitteln. Dies soll durch die Ausweitung und Bereitstellung von Sozialwohnungen erfolgen.

Ä14 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Lucie

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 5 bis 7:

Menschen, prekär

Beschäftigte, Arbeitssuchende und Menschen mit ~~Behinderung~~Lernschwierigkeiten oder Beeinträchtigung sind von Armut, Verdrängung und

Begründung

Wir möchten, dass der Begriff "Menschen mit Behinderung" aus dem Wahlprogramm gestrichen wird. Es handelt sich dabei um eine stigmatisierende Fremdbezeichnung, die von Betroffenen oft als verletzend empfunden wird. So kämpfen z.B. viele Menschen seit Jahren dafür, dass ihre Selbstbezeichnung "Menschen mit Lernschwierigkeiten" anerkannt wird.

Ä15 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Shirin und Lucie

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 135 bis 137 einfügen:

Leben zu

ermöglichen. Dafür möchten wir parallel zu ambulanten Fachärzt*innenpraxen auch ambulante pflegerische Angebote zur Beratung und Anleitung bei pflegerischen Problemen, insbesondere bei chronischen Erkrankungen, mehr unterstützen. Um pflegende Angehörige besser zu unterstützen, setzen wir uns auf Bundesebene

Begründung

Vielzählige internationale Studien haben bewiesen, dass pflegerische Maßnahmen in Beratung, besonders bei chronischen Erkrankungen, wie z.B. Diabetes oder Herzerkrankungen, vergleichbare Ergebnisse hervorbringen, wie medizinische Beratung. Dies wird in Deutschland bisher als Ressource ignoriert. Desweiteren kann dies als selbstständige Tätigkeit von Pflegefachpersonen genutzt werden und die Attraktivität des Berufsbildes steigern.

Ä16 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Shirin und Lucie

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 691 bis 693 einfügen:

begonnen. Die

Investitionen in die Krankenhäuser haben wir auf den Bundesschnitt angehoben und setzen uns dafür ein, dass die gesamten Kosten getragen werden. Außerdem haben wir dafür

Begründung

Im Rahmen des DRG-Systems sind alle Bundesländer verpflichtet innerhalb der Krankenhäuser Investitionskosten zu zahlen. Kein Bundesland erfüllt diese Pflicht. Dies führt dazu, dass Krankenhäuser einem noch höherem ökonomischen Druck ausgesetzt sind, was zu Stellenabbau, besonders von Pflegefachpersonal und schlechterer Versorgung führt. Patient*innen werden entweder frühzeitig entlassen oder es werden Diagnosen gestellt und Behandlungen durchgeführt, die nicht notwendig sind. Gesundheit ist keine Ware. Deshalb sollte kein Krankenhaus dem ökonomischen Druck ausgesetzt werden zu sparen. Das Land Berlin muss ihren Teil dazu beitragen, diesen Druck von den Krankenhäusern zu reduzieren.

Ä17 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Shirin und Lucie

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 854 bis 856:

zugänglich

sein ~~und wir~~ Wir kämpfen weiterhin für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und setzen uns dafür ein, dass diese Teil der Curricula medizinischer, pflegerischer und therapeutischer Ausbildungen wird.

Begründung

Jede schwangere Person hat das Recht selbstbestimmend zu entscheiden, ob sie das Kind austragen möchte. Wir müssen das Personal im Gesundheitssystem befähigen diese Personen zu unterstützen, zu beraten und im Falle eines Schwangerschaftsabbruches adäquat zu behandeln. Dafür muss das Thema und die Behandlungsformen in den Ausbildungen integriert sein.

Ä18 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Shirin und Lucie

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 865 bis 867:

vorher eine

gute Aufklärung über Versorgungsvollmachten und eine ~~Patientenverfügung~~ Patient*innenverfügung
stattfindet. Deshalb

Ä19 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Shirin und Lucie

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 131 bis 133 einfügen:

Personalschlüsseln die

Arbeitsbedingungen substantiell verbessern. Diese Personalschlüssel, müssen nach pflegewissenschaftlich ermitteltem Behandlungsbedarf orientiert sein und in allen Settings und Fachbereichen gelten. Wir wollen eine Vielzahl von Pflege- und

Begründung

Die derzeitige Personalbemessung in Form der Personaluntergrenzen, orientiert sich nicht am tatsächlichem Bedarf der zu behandelnden Menschen, sondern an hochgerechneten Pflegedefiziten in den jeweiligen Bereichen. Außerdem gelten die Untergrenzen nur in bestimmten, definierten pflegesensiblen Bereichen. Dies reicht nachweislich nicht aus, um eine qualitativ hochwertige und adäquate Versorgung zu garantieren. Deshalb muss ein Personalbemessungsinstrument erstellt werden, welches den pflegerischen Bedarf orientiert an wissenschaftlichen Standarts abbildet.

Ä20 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Shirin und Lucie

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 729 bis 732:

systematisch auch neuere Berufsgruppen wie Public-Health-Absolvent*innen, Epidemiolog*innen, Pflegewissenschaftler*innen und ~~oder~~ Gesundheitswissenschaftler*innen in den ÖGD einbeziehen. Und wir setzen uns dafür ein,

Begründung

Pflegewissenschaftler*innen müssen in den ÖGD mit einbezogen werden. Sie bringen eigene wissenschaftliche Erkenntnisse mit ein, die für die Versorgung von Menschen in Berlin relevant sind.

Ä21 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Shirin und Lucie

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 758 bis 760 einfügen:

steht, werden wir die Arbeitsbedingungen verbessern, zum Beispiel mit festen Personalschlüsseln und einer Senkung der Arbeitsstunden auf 35h pro Woche bei Vollzeitbeschäftigung, um der Gefahr der Altersarmut bei Pflegefachpersonal entgegenzuwirken. Auch die Ausbildung muss

Begründung

Durch die harte Arbeitsbelastung arbeiten viele Pflegefachpersonen nur in Teilzeit. Daraus resultiert, dass sie weniger in ihre Rente einzahlen können. Durch die Senkung der Arbeitszeiten kann sofort eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine Steigerung der Attraktivität des Berufes ermöglicht werden, indem die Gefahr der Altersarmut gesenkt wird. Dabei ist es wichtig auch eine tatsächliche Zahl zu nennen und nicht nur zu betonen, dass die Arbeitszeiten gesenkt werden sollen. Ohne klares Ziel werden auch keine Veränderungen durchgesetzt.

Ä22 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Shirin und Lucie

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 1517 bis 1521:

zählt eine

angemessene Bezahlung bereits in der Ausbildung. ~~Wir fordern zum Beispiel, dass Ärzt*innen im praktischen Jahr an den Lehrkrankenhäusern der Charité bezahlt werden.~~ Deshalb fordern wir z.B., dass Pflegepraktika, Famulaturen und das praktische Jahr finanzielle gerecht entlohnt werden.

Zusätzlich könnten

Begründung

Während des Medizinstudiums müssen die Student*innen zu verschiedenen Zeitpunkten praktische Arbeit in Einrichtungen leisten. Diese Arbeit erfolgt in Vollzeit, wodurch es nicht möglich ist nebenbei noch zu arbeiten. Daraus resultiert ein Einkommensverlust, der eine Zugangsbarriere zum Studium darstellt. Lediglich Personen mit finanzieller Absicherung können es sich erlauben bis zu einem ganzen Jahr unentgeltlich zu arbeiten. Diese klassistischen Hürden müssen abgebaut werden. Zudem kommt, dass die Arbeit der Student*innen eine messbare Ergebnisqualität bringt und einen wesentlichen Teil zur Behandlung im Krankenhaus beiträgt. Diese Arbeit muss fair vergütet werden.

Ä23 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Shirin und Lucie

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 1511 bis 1512 einfügen:

Ärzt*innen im Praktikum bis hin zu den Pflegekräften, gerade mit Blick auf die Akademisierung der Pflegeausbildung. Pflegestudent*innen müssen während ihrer Praktika innerhalb des Studiums gerecht vergütet werden.

Begründung

Während des Pflegestudiums müssen die Student*innen zu verschiedenen Zeitpunkten praktische Arbeit in Einrichtungen leisten. Diese Arbeit erfolgt in Vollzeit, wodurch es nicht möglich ist nebenbei noch zu arbeiten. Daraus resultiert ein Einkommensverlust, der eine Zugangsbarriere zum Studium darstellt. Lediglich Personen mit finanzieller Absicherung können es sich erlauben bis zu einem ganzen Jahr unentgeltlich zu arbeiten. Diese klassistischen Hürden müssen abgebaut werden. Zudem kommt, dass die Arbeit der Student*innen eine messbare Ergebnisqualität bringt und einen wesentlichen Teil zur Behandlung im Krankenhaus beiträgt. Diese Arbeit muss fair vergütet werden.

Ä24 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Shirin und Lucie

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 825 bis 827:

Hebammen und

~~Geburtshelfer~~Geburtshelfer*innen begleiten den Weg ins Leben und sind für viele ~~Frauen~~F*INT
(Frauen*,inter*,nicht-binäre und trans*-Personen) sowohl während der

Von Zeile 829 bis 833:

Dass

Schwangere in Berlin kaum noch eine*n Hebamme finden, die sie im Wochenbett betreuen kann, ist ein unhaltbarer Zustand. Wir wollen allen ~~Frauen~~F*INT aber weiterhin eine selbstbestimmte und

Begründung

gendergerechte Sprache

Ä25 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Shirin und Lucie

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 1144 bis 1145 einfügen:

individuellen

Betreuung der Kinder mit Behinderung weiterhin.

Desweiteren fordern wir, dass das Konzept der Schulgesundheitspflege umgesetzt wird. Dieses wird bereits in Brandenburg erfolgreich angewendet und dort wissenschaftlich evaluiert. Dies hat zu einer signifikanten Verbesserung der Gesundheit der Kinder geführt.

Begründung

Schulgesundheitspflege trägt zur Gesundheitsförderung von Kindern bei. Das Konzept wird bereits angewendet und hat wissenschaftlich nachgewiesen zu positiven Resultaten geführt. Außerdem führt es dazu den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten, indem Pflegefachpersonen selbstbestimmend arbeiten können.

Ä26 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Shirin

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 1033 bis 1035 einfügen:

Bezugspersonen

soll ausgebaut und verstetigt werden. Besonders Kinder und Jugendliche als pflegende Angehörige müssen dabei in der Zukunft noch mehr bedacht werden, da sie eine besonders vulnerable Gruppe sind und 6%, in einer Altersgruppe von 10-19 Jahren, aller Kinder und Jugendlichen ausmachen. Als Berliner Landesregierung haben wir bereits eine

Begründung

Kinder und Jugendliche als Pflegende Angehörige sind eine oft vergessene Gruppe der pflegenden Angehörigen. Sie brauchen mehr Unterstützungsangebote, die speziell für ihre Altersgruppe angepasst werden. Das Fehlen solcher Angebote führt zur sozialen Isolation, schlechteren Schulleistungen und einer höheren Prävalenz an gesundheitlichen Problemen der Kinder und Jugendlichen selbst.

Ä27 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Shirin

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 720 bis 722 einfügen:

kaputtgespart. In der

Corona-Pandemie wurde allen deutlich, dass sich Sparen an dieser Stelle rächt. Außerdem wurde die Berufsgruppe der Pflege bei Entscheidungen zu wenig einbezogen. Als größte Berufsgruppe im Gesundheitssystem muss sie in Krisenstäben vorhanden sein, um ihre Perspektive bei Entscheidungen in Bezug auf die Gesundheit aller einzubringen. Wir brauchen

Begründung

Die Pflege hat eine relevante Perspektive in Bezug auf die Gesundheit der Menschen. Gerade in Zeiten einer Krise wie es die Pandemie im letzten Jahr gezeigt hat, dürfen die Kompetenzen der Pflegefachpersonen nicht ignoriert werden. Sie sind eine bisher ungenutzte Ressource in Hinblick auf Gesundheitsaufklärung, Hygiene und psychischer Gesundheit. Da die Entscheidungen in Krisenstäben das Arbeiten in einer Krise direkt beeinflussen, muss die Pflege als größte Berufsgruppe im Gesundheitswesen bei der Entscheidungsfindung dabei sein, da sie mit den Folgen der Entscheidungen arbeiten muss.